



Deutschland endlich vor dem Ruck?

Eine Umfrage der CGC – Claus Goworr & Partner GbR für
Wirtschaftsforschung und Kommunikation unter 800 Entscheidern der
deutschen Wirtschaft im Oktober 2005.

**CGC – Claus Goworr Consulting GmbH
in Deutschland**

Grosjeanstraße 2
81925 München

Tel. + 49 (0) 89 / 9 43 84 97 – 0

E-Mail: info@cgc-consulting.com

**CGC – Claus Goworr Consulting GmbH
in Österreich**

Himmelpfortgasse 11/18
A-1010 Wien

Tel. + 43 (1) 5 32 84 62

E-Mail: info@cgc-consulting.com



A | Allgemeines

1 | Präambel

Deutschland hat gewählt - doch die neue politische Führung steht vor den alten, ungelösten Problemen. Verkrustete Verwaltungsstrukturen, ein undurchsichtiges Steuerrecht und extrem hohe Lohnnebenkosten – bedingt durch unzeitgemäße soziale Sicherungssysteme – heften dem Wirtschaftsstandort wie ein Bremsklotz an den Fersen. Dabei mahnen Fachleute seit vielen Jahren: ohne tief greifende Veränderungen im System wird Deutschland den Anforderungen globaler Weltmärkte auf Dauer nicht standhalten können. Schon 1997 sprach Bundespräsident Roman Herzog in seiner Berliner Rede davon, dass ein Ruck durch dieses Land gehen muss. Auf diesen Ruck warten wir bis heute.

Ob die neuen Verantwortlichen in Berlin aus Sicht der deutschen Wirtschaft das Rüstzeug dazu mitbringen, den lange ersehnten Aufschwung endlich herbeizuführen, hat die CGC Claus Goworr & Partner GbR für Wirtschaft und Kommunikation in ihrer jüngsten Umfrage untersucht. Welche Zukunft sehen Unternehmer in einer großen Koalition, welchen politischen Persönlichkeiten trauen sie zu, den Weg aus der Krise zu meistern? Welche Prioritätensetzung erwarten sie von der Politik, welchen Beitrag sind sie selbst zu leisten bereit? Unter welchen Rahmenbedingungen würden sie wieder in Arbeitsplätze investieren und wie viele Jobs könnten dadurch entstehen?

Diesen und anderen Fragen geht die neueste Studie auf den Grund – mit zum Teil überraschenden Ergebnissen.

2 | Die Methodik der Umfrage

Die Erhebung wurde als Einthemenbefragung schriftlich in Form eines strukturierten Fragebogens mit offener Fragestellung als Partialerhebung im Zeitraum von September bis Oktober 2005 durchgeführt.

Befragt wurden 800 Personen des mittleren und oberen Managements, quer durch alle Branchen und Industrien. Ähnlich vielfältig ist die Größenordnung der teilnehmenden Unternehmen: Rund 60 Prozent stammen aus dem Mittelstand, etwa ein Drittel sind große Konzerne und zehn Prozent gehören zu den kleingewerblichen Firmen. Damit wurde eine Verteilung gewählt, die in etwa den Größenverhältnissen der gesamtdeutschen Unternehmen entspricht.

Die Auswertung gibt bei Fragen mit Beschränkung auf eine Antwort die Anzahl der Nennungen in Relation zur Anzahl der Gesamtnennungen in Prozenten an. Bei Fragen mit Mehrfachantworten werden die Nennungen im Verhältnis zur Anzahl der Studienteilnehmer in Prozenten ausgewertet.



3 | CGC - Claus Goworr & Partner GbR Wirtschaftsforschung

Die CGC Claus Goworr & Partner GbR analysiert im Auftrag der Münchner Personalberatung CGC Consulting GmbH Entwicklungen und Trends im Personalsektor und sorgt mit regelmäßigen Publikationen für deren Veröffentlichung. Schwerpunkt ist unter anderem die Durchführung von Studien.

Claus Goworr, Kopf der renommierten Executive Search Beratung CGC Consulting GmbH, gründete die Firma Anfang 2004 als Tochterunternehmen der Personalberatung. Mit repräsentativen Umfragen zu aktuellen Themen, die auch bei den Medien auf breite Resonanz stießen, hat sich die CGC Claus Goworr & Partner GbR inzwischen einen Namen gemacht.

**CGC – Claus Goworr Consulting GmbH
in Deutschland**

Grosjeanstraße 2

81925 München

Tel. + 49 (0) 89 / 9 43 84 97 – 0

E-Mail: info@cgc-consulting.com

**CGC – Claus Goworr Consulting GmbH
in Österreich**

Himmelpfortgasse 11/18

A-1010 Wien

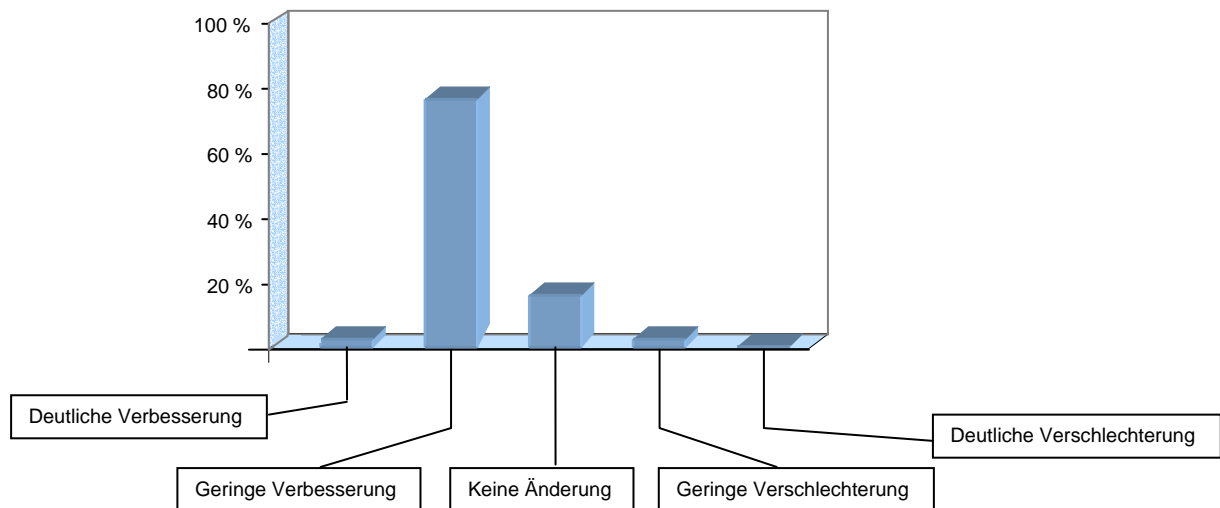
Tel. + 43 (1) 5 32 84 62

E-Mail: info@cgc-consulting.com



B | Die Umfrage im Detail

1 | Wie wird sich die deutsche Wirtschaft Ihrer Einschätzung nach unter einer neuen Regierung entwickeln?



>> *Verhaltener Optimismus bei Entscheidern der Wirtschaft.*

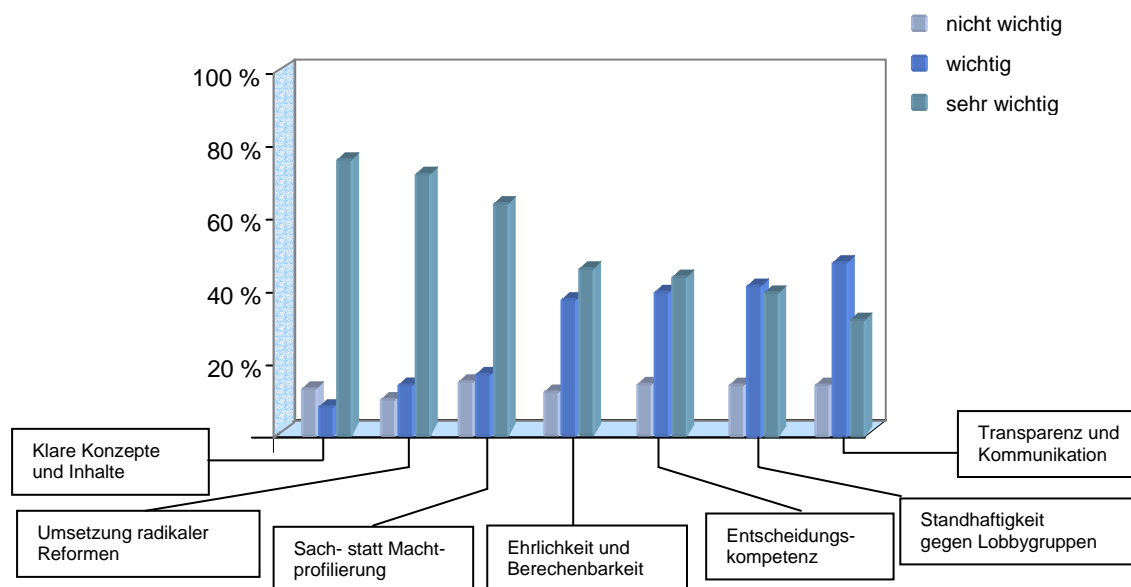
Auf den ersten Blick versprechen die Prognosen der Unternehmen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage einen Silberstreif am Horizont. Rund 80 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich die Situation unter der neuen Regierung zumindest geringfügig verbessern wird. An eine deutliche Erholung glauben lediglich 2,1 Prozent, 17 Prozent rechnen mit keinerlei Veränderungen. Auf Rückschritte sind nur 2,1 Prozent eingestellt, eine grobe Verschlechterung der Lage wird nicht erwartet.

Aus Sicht der Unternehmen führt die neue Regierung unter einer großen Koalition zwar nicht zu einer Verschärfung der Krise, sondern birgt durchaus Chancen für wirtschaftliches Wachstum. Im Abgleich mit der aktuellen Entwicklung des ifo-Geschäftsklimaindex zeigen die Wirtschaftsentscheider allerdings nur zaghafte Hoffnungen. Vor dem Hintergrund, dass der Index im November von 98,8 auf 97,8 Punkte abfiel, nachdem er im Oktober um knapp drei Punkte angestiegen war¹, spiegelt der verhaltene Optimismus der Studienteilnehmer ein gewisses Misstrauen gegenüber der neuen Regierung wider. In Anbetracht der politischen Lage schrauben die Unternehmen ihre Erwartungen deutlich zurück. Der Blick auf Berlin trübt anscheinend die grundsätzlich positiven Aussichten der Wirtschaft. Die Entscheider glauben nicht so recht an den Aufschwung – genau das wäre aber nötig, um den lang ersehnten Ruck herbeizuführen.

¹ s. unter http://www.cesifo-group.de/portal/page?_pageid=36,34759&_dad=portal&_schema=PORTAL



2 | Was erwarten Sie sich von der neuen Regierung bzw. deren Führungspersönlichkeiten? (1= nicht wichtig, 3= sehr wichtig)



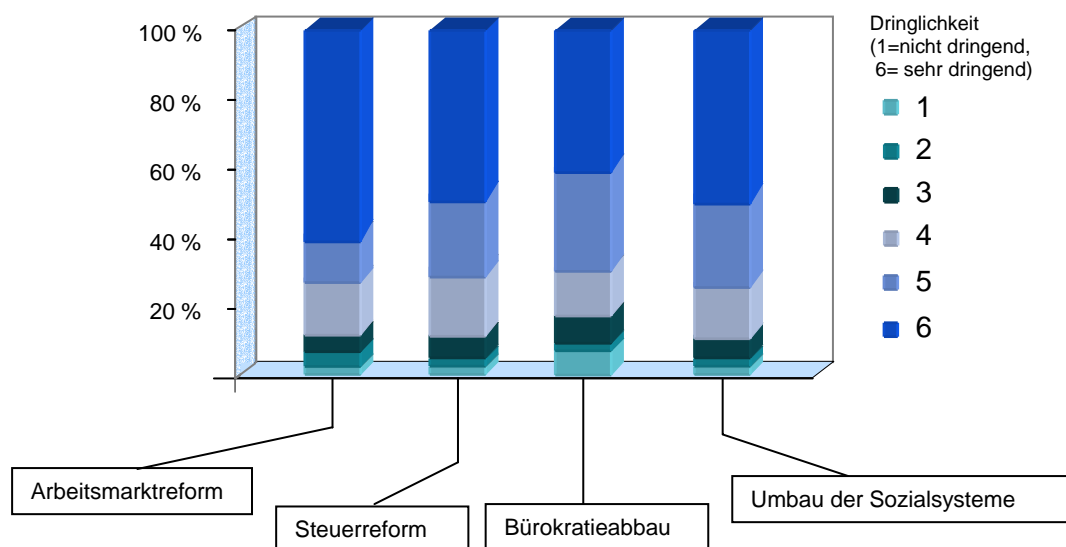
>> *Radikale Reformen gefragt.*

Um die Wirtschaft für sich zu gewinnen, darf sich die neue Regierung nicht auf eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zurückziehen. Nötig sind vielmehr Nägel mit Köpfen. Mehr als drei Viertel der Befragten fordern die Umsetzung von langfristigen und radikalen Reformen mit klaren, schlüssigen Konzepten und Inhalten.

Damit belegt das Ergebnis klar: die Wirtschaft verlangt von der neuen Regierung Taten statt Worte. Gefragt sind weniger Diskussion und Interessenausgleich, sondern mutige Macher mit Sachverstand, die Fakten schaffen und Lösungen nicht nur konzipieren, sondern auch realisieren. In welchen Bereichen Unternehmen Reformen für besonders wichtig halten, zeigt die nächste Frage.



3 | Bewerten Sie auf einer Skala von 1 bis 6 die Dringlichkeit folgender Reformen, die eine neue Regierung aus Ihrer Sicht angehen müsste, damit in Deutschland Wachstum entstehen kann?



>> *Wirtschaft setzt Priorität bei Arbeitsmarktreform.*

Insgesamt gesehen stuften die Unternehmen alle vier der zur Auswahl stehenden Punkte als wichtige Maßnahmen für Wachstum ein. Was die Dringlichkeit angeht, lag die weitere strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes aber eine Nasenlänge voraus.

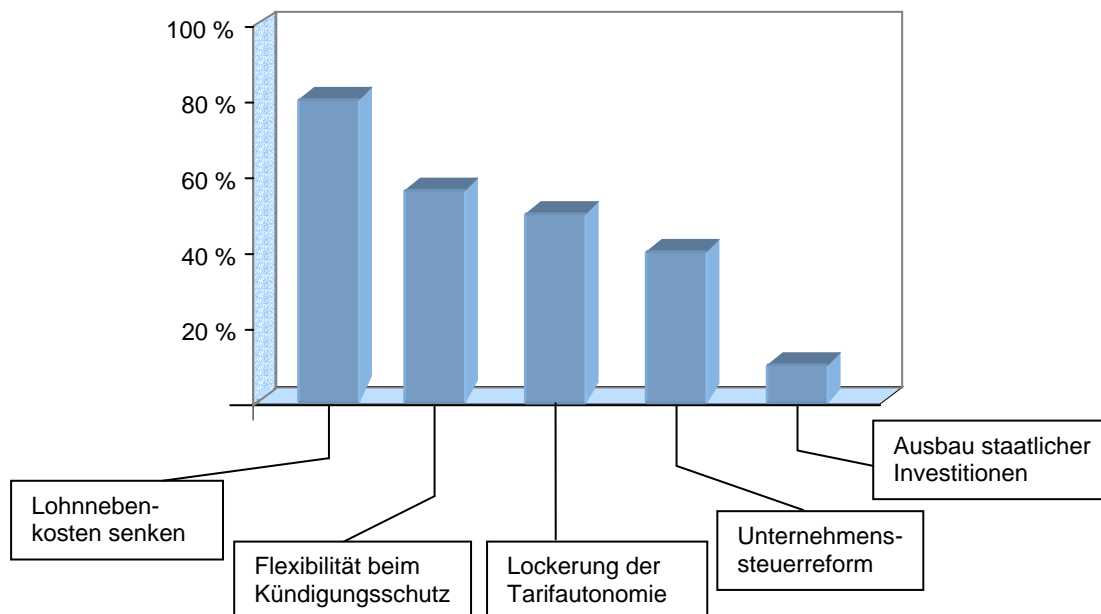
Geht es nach den Wünschen der Wirtschaft, war Hartz IV erst der Anfang. Bei mehr als zwei Drittel der Befragten lagen weitere Änderungen in diesem Bereich auf der Dringlichkeitsskala der Reformen ganz vorne. Im Umbau des Steuersystems und der Neuordnung der Sozialsysteme sahen knapp die Hälfte der Studienteilnehmer eine Wachstumsmaßnahme ersten Ranges. Nicht ganz so dringend erschien den Studienteilnehmern der Abbau der so oft gescholtenen Bürokratie.

Deutlich macht dieses Ergebnis zunächst vor allem eines: was den Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitsmarkt angeht, hat in der Wirtschaft ein ähnlicher Paradigmenwechsel stattgefunden wie in der Politik (vgl. Wirtschaftswoche vom 7. Juli 2005, S. 23-29). Während traditionell Wachstum als Voraussetzung zum Abbau von Arbeitslosigkeit gesehen wurde, setzt sich nun zunehmend der Umkehrschluss durch: eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit soll zu mehr Wachstum führen.



Ebenso deutlich zeigen die Antworten, dass Unternehmen grundsätzlich dazu bereit sind, ihren Beitrag für mehr Wachstum zu leisten und neue Stellen zu schaffen – wenn sie seitens der Politik die nötige Unterstützung dafür bekommen. Welche Rahmenbedingungen die neue Regierung aus Sicht der Wirtschaft schaffen müsste, um Neueinstellungen zu ermöglichen, erläutert der folgende Punkt.

**4 | Welche Rahmenbedingungen müssen in einem Gesamtkonzept für den Arbeitsmarkt von einer neuen Regierung geschaffen werden, damit Sie/Ihr Unternehmen Arbeitsplätze erhalten/schaffen können?
(Mehrfachnennungen möglich)**



>> Hohe Lohnnebenkosten sind Arbeitsplatzbremse Nummer eins in Deutschland.

Ob es der neuen Regierung gelingt, die Arbeitslosigkeit zu senken oder zumindest einen weiteren Anstieg zu verhindern, hängt zum großen Teil von den Lohnnebenkosten ab. Mehr als 80 Prozent der Stimmen belegen: Unternehmen können erst dann neue Stellen schaffen, wenn diese Belastungen deutlich gesenkt werden.



Jeweils knapp zwei Drittel der Befragten sprachen sich für den Vorschlag aus, Neueinstellungen durch die Lockerung von Kündigungsschutz und Tarifautonomie zu fördern – ein Ansatz, dem der Koalitionsvertrag mit der Verlängerung der Probezeit längst nicht gerecht wird.

Der Anteil der Befragten, der an die wachstumsfördernde Wirkung einer Unternehmenssteuerreform glaubt, liegt dagegen mit rund 40 Prozent relativ niedrig. Noch weniger Zuspruch erhielt die Forderung nach mehr Staatsinvestitionen – nur elf Prozent der Studienteilnehmer hielten dies für eine sinnvolle Maßnahme.

Damit belegt die Umfrage einmal mehr, was Arbeitgeberverbände seit langem immer wieder anprangern: Arbeit ist in Deutschland zu teuer². Mit einem Anteil von 42 Prozent belaufen sich die Sozialabgaben auf nahezu die Hälfte der gesamten Arbeitskosten³ – ein Faktor, der aus unternehmerischer Sicht nicht mehr tragbar ist.

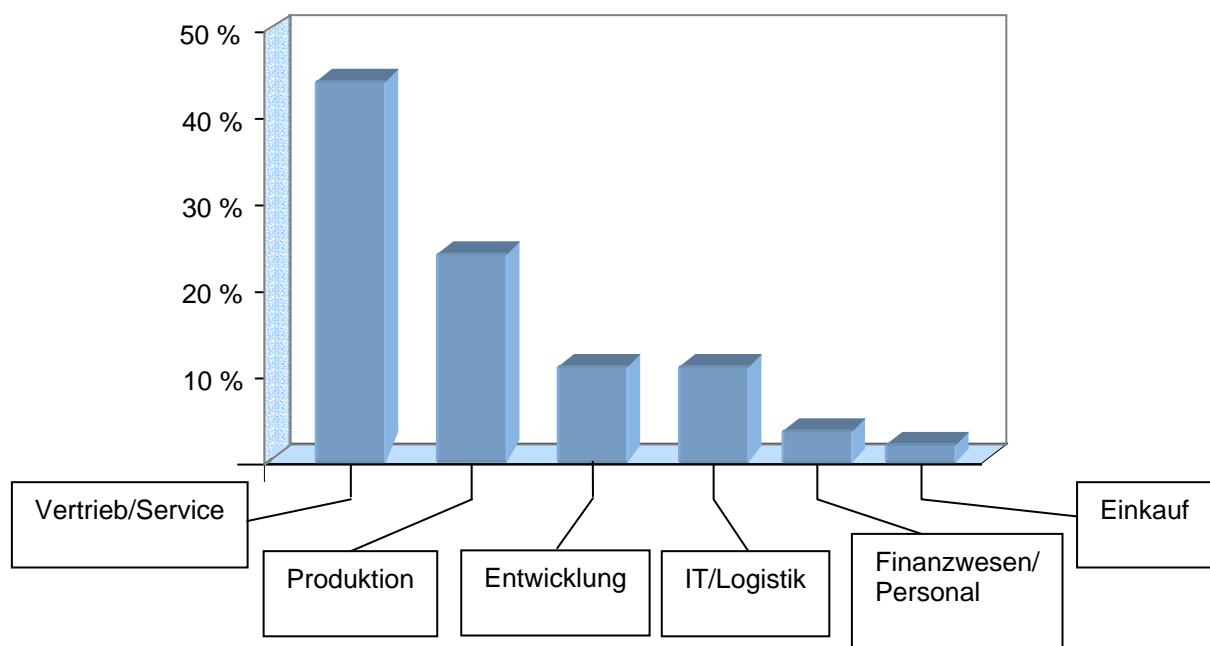
Die klare Aussage seitens der Wirtschaft, nur bei deutlich sinkenden Lohnnebenkosten neue Stellen schaffen zu können, weckt in Anbetracht der Prioritätensetzung der neuen Bundesregierung wenig Hoffnung. Die geplante einprozentige Absenkung der Arbeitgeberanteile an der Arbeitslosenversicherung, deren Wirkung durch die voraussichtliche gleichzeitige Erhöhung der Rentenbeiträge zum Teil wieder wett gemacht wird, reicht bei weitem nicht aus, um eine Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Mit Halbherzigkeiten reagiert hat die neue Regierung auch auf die Forderung nach mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die große Koalition mit der Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre geeinigt hat, sorgt de facto lediglich für eine Befristung von Beschäftigungsverhältnissen und bietet keinerlei Anreiz für den Aufbau dauerhafter Arbeitsplätze. Hier verspielt die Politik Chancen, die das Land bitter nötig hat. Welches Ausmaß diese ungenutzten Möglichkeiten haben, wird im folgenden Punkt deutlich.

² vgl. u.a. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 9. November 2005(<http://www.rp-online.de/public/article/nachrichten/wirtschaft/job+karriere/deutschland/114835>) BDA-Präsident Dieter Hundt in der FAZ vom 1. Juni 2005, M+E Report der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vom Sept. 2004

³ http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-E81981CC/hbs/hs.xsl/32014_32346.html



5 | Wie viele Arbeitsplätze könnten Sie/Ihr Unternehmen bei entsprechenden Rahmenbedingungen erhalten/schaffen und in welchen Unternehmensbereichen (geschätzt in %) würden diese entstehen?



>> *Immenses Arbeitsplatzpotenzial vorhanden.*

Eigenen Angaben nach würden die Befragten bei Umsetzung aller notwendigen Rahmenbedingungen insgesamt bis zu 50 000 neue Stellen schaffen. Hochgerechnet auf die gesamte deutsche Wirtschaft bedeutet dies ein Potenzial von Hunderttausenden an zusätzlichen Arbeitsplätzen.

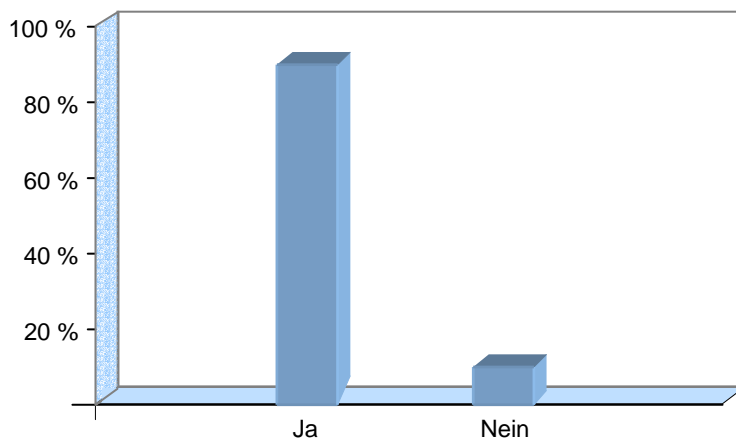
Der größte Bedarf an Mitarbeitern herrscht der Umfrage zufolge im Bereich Vertrieb und Service. Knapp die Hälfte der potenziellen neuen Arbeitsplätze liegt in diesem Sektor. Gefragt wären auch Kräfte in der Produktion – ein Viertel des gewünschten Personalaufbaus entfällt auf diesen Bereich. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Kombilohnmodelle zur Förderung des Niedriglohnsektors durchaus als aussichtsreich. Produktionsstätten könnten damit im Land gehalten, der Mittelstand gefördert und die Arbeitslosigkeit auch im Problemkreis der Geringqualifizierten gesenkt werden. Denn gerade in diesem Bereich legen sowohl Politik als auch Medien und Gesellschaft eine erschreckende Blauäugigkeit an den Tag: Der soziale Sprengstoff, den die massenhafte Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Schichten in sich birgt, wird von allen Seiten gravierend unterschätzt.



Welche Folgen diese Arglosigkeit hat, zeigten die jüngsten Unruhen in Frankreich. Durch hohe Lohnkosten und den Abbau von Produktionsstätten werden mit zunehmender Tendenz ganze Schichten von vornherein aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert und so ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Die Probleme, die dadurch entstehen, können Dimensionen annehmen, die den demokratischen Rechtsstaat in Ausnahmezustände versetzen.

Um derartigen Eskalationen rechtzeitig vorzubeugen, ist es langfristig gesehen unumgänglich, Arbeits- und Sozialgesetzgebung massiv zu deregulieren und deutlich spürbare Anreize für die Aufnahme von Beschäftigungen im Niedriglohnbereich zu setzen. Der Ansatz, Geringqualifizierte durch strukturelle Anpassungen in den Arbeitsprozess und damit in die Gesellschaft zu integrieren, ist durchaus realisierbar und dringend anzuraten.

6 | Brauchen wir aus Ihrer Sicht neue Führungspersönlichkeiten in der Wirtschaft, die für andere Werte stehen?



Braucht Deutschland neue Köpfe?

>> *Neue Werte braucht das Land.*



Wie bereits in den Fragen 4 und 5 ersichtlich wurde, stellt die Wirtschaft nicht nur Forderungen an die Politik, sondern ist auch dazu bereit, selbst zum Aufschwung beizutragen – und zwar nicht nur im Bereich der Zahlen und Fakten. Knapp 90 Prozent der Studienteilnehmer gaben an, dass sich in den Führungsriege der Unternehmen Werte- und Verhaltensmuster ändern sollten.

Gleichzeitig lieferte diese breite Mehrheit der Wirtschaftsentscheider ein eindrucksvolles Eingeständnis über die Fehler der vergangenen Jahre: statt Substanz und Sachlichkeit walten in deutschen Führungskreisen noch in nicht unerheblichem Maße Arroganz und persönliche Eitelkeiten. Unternehmerisches Denken wird überschattet von Überheblichkeit, vernünftige Sachentscheidungen fallen dem Drang nach Selbstdarstellung zum Opfer – ein Verhalten, das sich die Wirtschaft inzwischen nicht mehr leisten kann.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die mitgelieferten Begründungen. So wurde beispielsweise über fehlende Visionen und Perspektiven geklagt, die persönliche Gewinnsucht einzelner Manager und mangelndes gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein kritisiert. Allerdings gab es auch verteidigende Stimmen, die die Auffassung vertraten, Führungskräfte in der Wirtschaft seien wesentlich besser als ihr Ruf.

Die zahlreichen selbstkritischen Äußerungen der Befragten zeigen, dass Arroganz und Eitelkeit in deutschen Chefetagen auch in Zeiten der Krise keineswegs ausgestorben sind, inzwischen aber ganz und gar nicht mehr gern gesehen werden. So bleibt zu hoffen, dass hier mit der Zeit ein spürbares Umdenken stattfinden wird, vielleicht sogar über die Krise hinaus.

7 | a) Welchen Anteil (geschätzt in %) hat die Stimmung an der wirtschaftlichen Krise in Deutschland?

>> Stimmungen trüben Blick auf die Fakten.

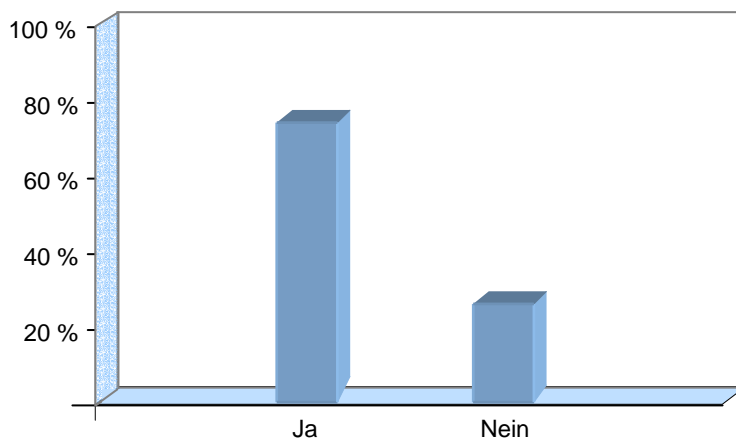
Im Durchschnitt schätzten die Befragten den Anteil der Stimmung an der wirtschaftlichen Krise auf rund 45 Prozent. Ein Ergebnis, das wachrütteln sollte, denn Launen, subjektive Eindrücke und manipulative Argumentationsansätze zur Durchsetzung bestimmter Interessen überdecken bei der Einschätzung der deutschen Lage offenbar zu einem großen Teil die Fakten.



Da Stimmungen in ihrer Wirkung durchaus Realitäten schaffen, gilt es, hier wachsam zu bleiben. Der Effekt der Self-fulfilling prophecy hat das Land bereits erfasst – um ihn zu stoppen, ist ein radikales Umdenken nötig. Abzuwarten bleibt, in wie weit die groß angelegten Gegenkampagnen z.B. das Medienprojekt „Du bist Deutschland“ dazu beitragen können, die Stimmung in Deutschland zu wenden. Zusätzlich von Nöten sind aber statt plakativer Phrasen vielmehr Vertrauens- und Glaubwürdigkeit sowie die Bekenntnis zu definierbaren Werten.

Das Volk als Souverän hat Anspruch auf Orientierung durch seine gewählten Vertreter in der Regierung. Kanzler und Minister sollten ihre Kommunikation nicht auf Weihnachts- und Neujahrsansprachen beschränken, sondern in einen Dialog mit den Bürgern treten, um das Interesse des Einzelnen an der Situation des Landes zu stärken. Wichtig wäre dabei, auch für unpopuläre Maßnahmen Nachvollziehbarkeit zu erreichen.

7 | b) Ist die Stimmung schlechter als die Wirklichkeit? Jammert Deutschland auf hohem Niveau?



Ist die Stimmung in Deutschland negativer als die Realität?

>> *Die Lüge der gefühlten Lage.*

Rund drei Viertel der Entscheider der deutschen Wirtschaft halten die Stimmung für schlechter als die Wirklichkeit. Das zeigt, dass die aktuelle deutsche Misere zum großen Teil hausgemacht ist. Angst vor Veränderungen treibt die Sparquote in zweistellige Höhen und nimmt der Binnenwirtschaft den Wind aus den Segeln⁴.

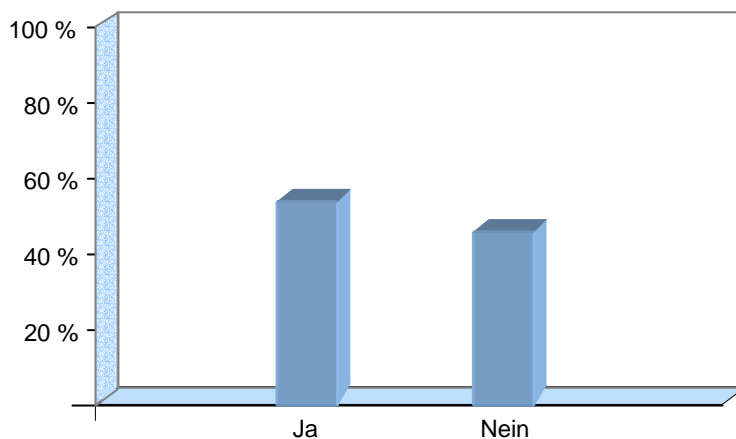
⁴ vgl.- <http://www.finanzbusiness-online.de/daten/news69.htm>



Gleichzeitig glänzt das Land als Exportweltmeister und verzeichnet durchaus ansehnliche Unternehmensgewinne – demnach spiegelt das stagnierende Wachstum nicht die mangelnde Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wider, sondern weist vielmehr auf strukturelle Defizite, vor allem beim Arbeitsmarkt hin.

Der Vorteil an dieser Situation ist jedoch, dass sich selbst verschuldete Krisen auch wesentlich leichter selbst lösen lassen als jene, deren Ursprung in externen Faktoren zu suchen ist. Mit ausreichender Unterstützung durch die Politik wäre Deutschlands Wirtschaft für den lange ersehnten Ruck bereit. Nötig wären dazu jedoch ein klares Bekenntnis der Regierung zur Eigenverantwortlichkeit des Bürgers und eine Verabschiedung von der althergebrachten Versorgermentalität des Staates mit seinen übertriebenen Gängelungsmechanismen. Im Koalitionsvertrag haben die politisch Verantwortlichen diesen Schritt nicht gewagt.

8 | Schafft Deutschland mit neuen Persönlichkeiten an der Spitze von Politik und Wirtschaft endlich den Ruck in unserer Gesellschaft, den Roman Herzog in seiner Berliner Rede 1997 gefordert hat?



Schafft Deutschland mit neuen Persönlichkeiten an der Spitze von Politik und Wirtschaft den Ruck?

>> *Zu gespalten für den Ruck.*



Bei der Abgabe ihrer Prognose für einen wirtschaftlichen Aufschwung unter einer neuen Führung in Politik und Wirtschaft zeigten sich die Befragten nahezu genauso gespalten wie das Wahlvolk am 18. September. Die optimistischen Ansichten überwiegen mit rund 53 Prozent gegenüber knapp 47 Prozent nur um Haaresbreite. Mit Blick auf die Antworten in Punkt 8 stellt sich hier die Frage, ob manch einer der Studienteilnehmer hier nicht selbst Opfer seiner Stimmungen geworden ist, die er kurz zuvor noch als subjektiv enttarnt hat. Vor dem Hintergrund, dass die Lage von einer breiten Mehrheit für wesentlich besser befunden wurde als allgemein behauptet, überrascht es, dass nun doch knapp die Hälfte der Befragten dem Land selbst unter neuen Köpfen in Politik und Wirtschaft keinen Aufschwung zutrauen.

Anlass zur Hoffnung auf den von Roman Herzog geforderten Ruck gibt dieses Ergebnis nicht, denn eine echte Kehrtwende bräuchte die Unterstützung von mehr als einer knappen Hälfte der unternehmerischen Entscheider. Was bleibt ist der Wunsch, dass die Optimisten die Zauderer mitziehen, damit Deutschland im globalen Wettbewerb nicht untergeht.



C | Schlusswort

Potenzial für einen Aufschwung ist in Deutschland durchaus vorhanden. Wie die Umfrage belegt, ist die Wirtschaft willig und fähig, neue Arbeitsplätze zu schaffen – mehrere hunderttausend mögliche neue Stellen sprechen für sich. Der von Herzog geforderte Ruck wäre damit realisierbar.

Inwieweit die vorhandenen Chancen auch genutzt werden, hängt zum großen Teil vom Mut und der Einigungsfähigkeit der Politik ab. Deutlich niedrigere Lohnnebenkosten und spürbar mehr Flexibilität bei Neueinstellungen und der Aushandlung von Löhnen und Gehältern würden Wirkung zeigen. Insbesondere der politisch viel zu wenig beachtete Mittelstand ist sich seiner Verantwortung durchaus bewusst und dazu bereit, seinen Beitrag zu leisten, wenn er endlich von politischer Seite die entsprechende Rückendeckung erhält.

Was die große Koalition bislang anbietet, wirkt aus Sicht der Wirtschaft jedoch unzureichend. Im Bereich Flexibilisierung des Arbeitsmarktes lieferte sie mit der Verlängerung der Probezeit bei gleichzeitiger Eindämmung befristeter Beschäftigung lediglich ein Placebo, das den Status quo erhält. Die einst versprochene Verwendung der Mehrwertsteuererhöhung zur spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten schrumpfte nach der Wahl zum Tropfen auf den heißen Stein. Statt einer Förderung des Niedriglohnsektors und entsprechende Anerkennung für gering bezahlte Arbeit machen Utopien von sozialer Gerechtigkeit die Runde. Gefragt sind jedoch nicht leere Worte, bestückt mit dem ein oder anderen vorsichtigen Reförmchen, sondern mutige Schritte zu umfassenden strukturellen Veränderungen. Dass dies möglich ist, zeigt das Nachbarland Österreich, wo Unternehmen gefördert werden, indem sie seit 1994 keinerlei Gewerbesteuer mehr zahlen und seit Anfang 2004 nur noch eine Körperschaftssteuer von pauschal 25 Prozent abführen müssen⁵.

Ein wichtiges Moment bei der Bewältigung der Krise ist jedoch auch die Stimmung im Land, die in Anbetracht der realen Fakten viel zu pessimistisch ist. Ein Umdenken in Richtung „Handeln statt Jammern“ tut Not. Bleibt zu hoffen, dass es der großen Koalition gelingt, dem Volk zu vermitteln, dass es einen Weg aus dem derzeitigen Tief gibt – einen Weg, der zwar mit einschneidenden Maßnahmen verbunden ist, letztlich aber dazu führt, dass in Deutschland Sicherheit und Wohlstand erhalten bleiben. Auf diesen Weg muss die Politik das Volk mitnehmen – und zwar nicht nur in Form einer indirekten Kommunikation über die Medien. Nötig ist vielmehr die direkte Ansprache, die den Bürgern des Landes, aus welchen sozialen Schichten sie auch stammen, das Gefühl der Mitverantwortung gibt. Eigenverantwortung zu übernehmen ist die einzige Möglichkeit, die Aufgaben, die derzeit anstehen, im Rahmen einer lebenswerten Gesellschaft zu bewältigen.

CGC Consulting dankt allen Studienteilnehmern für ihre Unterstützung, ohne die diese Studie nicht möglich gewesen wäre.

⁵ vgl. http://www.presseportal.at/meldung.php?schluessel=OTS_20040115_OTS0188&ch=politik.